

BTI 2016 | Revolution und Stagnation

Regionalbericht Postsowjetisches Eurasien

Von *Hans-Joachim Spanger**

Überblick zu den Transformationsprozessen in *Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Mongolei, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland*



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) 2016 im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2013 bis zum 31. Januar 2015. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.de.

Zitervorschlag: Hans-Joachim Spanger, Revolution und Stagnation – BTI-Regionalbericht Postsowjetisches Eurasien, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2016.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

* *Dr. Hans-Joachim Spanger ist Vorstandsmitglied des Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und BTI-Regionalkoordinator für das Postsowjetische Eurasien.*

Einleitung

Auf den ersten Blick verzeichnet das Postsowjetische Eurasien eine stabile Stagnation, politisch wie wirtschaftlich: Um 0,01 Punkte verschlechtert sich der umfassende Status-Index im Berichtszeitraum und bewegt sich damit auch 2016 exakt in dem schmalen Korridor um den Wert 5, der seit 2006 das Niveau der Region markiert. Ähnlich verhält es sich beim Demokratie-Status, der sich um 0,02 nur marginal verbessert, und beim Marktwirtschaftsstatus, der sich um 0,02 ebenso marginal verschlechtert. Etwas ausgeprägter sind die Änderungen beim Transformationsmanagement, dessen Index in der Region um 0,11 zurückgeht.

Hinzu kommt, dass es sich um Stagnation auf niedrigem Niveau handelt. Das gilt namentlich für den Stand der Demokratie, wo Eurasien mit einem Wert von 4,89 erneut nicht nur praktisch keine Verbesserung aufweist - 2014 betrug der Wert 4,88, 2006 waren es 4,75 -, sondern auch deutlich hinter Afrika und Asien rangiert und lediglich den arabischen Raum mit seinen Bürgerkriegen und Putschen übertrifft. Ebenso verhält es sich beim Transformationsmanagement, wo sogar eine Verschlechterung des Index-Wertes von 4,16 im Jahre 2014 auf aktuell 4,06 zu verzeichnen ist - 2006 betrug hier der Wert 4,01. Lediglich der Statuswert für die marktwirtschaftliche Transformation platziert Eurasien - bei ebenfalls ausgeprägter Konstanz (2016: 5,19, 2014: 5,21, 2006: 5,29) - besser als das subsaharische Afrika und in der Nähe der Werte für den Nahen Osten und Asien, aber wie auch bei der politischen Transformation deutlich hinter Lateinamerika und Ostmittel- und Südosteuropa. Dabei fällt auf, dass hier zwischen den einzelnen Ländern deutlich geringere Unterschiede bestehen als bei den beiden anderen Indizes: Den Spitzenwert bekleidet bei der wirtschaftlichen Transformation mit 6,04 Kasachstan, Schlusslicht ist Tadschikistan mit 3,64.

Allerdings verbirgt sich hinter diesen Zahlen eine ganze Reihe von potentiell tiefgreifenden Veränderungen, die vor zwei Jahren keineswegs vorherzusehen waren. Das einschneidendste Ereignis war ohne Zweifel die Revolution des „Euromaidan“, die in der Ukraine eine neue Demokratisierungswelle auslöste, zugleich aber auch Schockwellen durch die meisten anderen autokratisch regierten Staaten der Region sandte und dort zu einer spürbaren Verschärfung der Repression führte.

Für die Ukraine eröffnet der Euromaidan die dritte Chance auf einen erfolgreichen Transformationsprozess, nachdem die beiden vorhergehenden – die Unabhängigkeit des Landes 1992 und die Orange Revolution 2004/2005 – verspielt worden waren. Das autoritäre Regime, das sich unter den Präsidenten Kutschma und Janukowitsch etabliert hatte und auch während der Herrschaft der „oranigen“ Repräsentanten Juschtschenko und Timoschenko keine nennenswerten Korrekturen erfuhr, hat mit seinem oligarchisch geprägten Kapitalismus und der endemischen Korruption das Land nicht nur weit hinter andere Transformationsländer selbst im postsowjetischen Eurasien zurückfallen lassen, sondern auch an den Rand des Abgrunds geführt: 2013 war die Ukraine in vielerlei Hinsicht ein gescheiterter Staat. Es kann daher nicht verwundern, dass ein in anderen Ländern kaum wahrgenommener politischer Schwenk in der ohnedies „multivektoriellen“ Politik der Regierung – die Absage der Unterzeichnung des EU-Assoziationsabkommens, das zuvor wegen der Inhaftierung Julija Timoschenkos die EU selbst blockiert hatte – zum Initial für einen veritablen Volksaufstand gegen das Regime wurde.

Die politischen Voraussetzungen für eine grundlegende und nachhaltige demokratische und marktwirtschaftliche Transformation der Ukraine sind heute fraglos besser denn je, denn selten zuvor hat dieses Ziel eine derart breite Unterstützung in der Bevölkerung gefunden, waren die Menschen in der Ukraine ähnlich aktiv und engagiert sowie darum bemüht, Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu korrigieren. Die materiellen Voraussetzungen dagegen sind denkbar schlecht. Es geht in der Ukraine um nicht mehr und nicht weniger als einen grundlegenden Wiederaufbau, darum, die Trümmer einer zerfallenden Industrie und Infrastruktur neu zusammenzufügen und dies mit staatlichen Institutionen, die ausgehöhlt und ihrer Funktionen weitgehend beraubt worden sind. Als wäre dies nicht genug, muss sich die Ukraine auch in einer militärischen Auseinandersetzung behaupten, die zwar innere Wurzeln hat, aber vor allem durch eine ausländische Intervention befeuert wird.

Zwar hat auch der russische Präsident Putin keinen Hehl daraus gemacht, dass er die bisherige ukrainische Entwicklung für einen Irrweg hält, Janukowitsch für einen Versager und den Widerstand aus der Bevölkerung im Lichte dessen zumindest für nachvollziehbar. Das hat ihn und seine propagandistischen Büchsenpanner jedoch nicht daran gehindert, den Erfolg des Euromaidans als westlich – vorzugsweise amerikanisch – gesteuerten „faschistischen Putsch“ zu denunzieren – und seither alles zu unternehmen, wie weiland im „Großen Vaterländischen Krieg“ in einer existentialistisch aufgeladenen Auseinandersetzung einen Erfolg der neuen Ukraine zu verhindern. Einflussssicherung nach außen und Herrschaftssicherung nach innen gehen bei dieser Reaktion Russlands Hand in Hand.

Dazu gehört, dass Moskau aktiver als in der Vergangenheit an der Konsolidierung der von ihm beanspruchten Einflusszone arbeitet und dezidiert die Länder der eurasischen Region vor die Wahl zwischen Russland und dem Westen stellt. Dies haben neben der Ukraine in jüngerer Zeit insbesondere die Republik Moldau (etwa über die Instrumentalisierung der nationalen Minderheit der Gagausen) und Armenien (über die Ausnutzung der prekären Sicherheitslage gegenüber Aserbaidschan) zu spüren bekommen.

Die Zuspitzung der bereits in den letzten Jahren prekären Beziehungen zwischen Russland und dem Westen im Zuge der Ukraine-Krise geht mit einer prinzipiellen Abgrenzung von westlichen Werten und westlicher Demokratiehilfe einher. Stattdessen werden zur Legitimation des autokratischen Regimes Sonderwege ventiliert und mit Propagierung eines „Ostvektors“ nicht nur eine Allianz mit China angestrebt, sondern auch eine ideologische Orientierung auf Peking, die im Zweifel über das gemeinsame Bekenntnis zur Staatensouveränität und dem Prinzip der Nichteinmischung hinausgeht.

Moskau hat sich damit zum Nukleus einer Blockbildung im eurasischen Raum aufgeschwungen, deren Essenz die Abkehr von den einst gemeinsam definierten Transformationszielen darstellt. Auch wenn eine solche Blockbildung zu Moskauer Geschäftsbedingungen angesichts der heterogenen Interessen und Orientierungen in den betroffenen eurasischen Ländern schwierig – und vermutlich nicht von Erfolg gekrönt – sein dürfte, das prägende Konfliktmuster ist damit erst einmal fixiert.

Politische Transformation

Bei der politischen Transformation ist das Gesamtbild der Region unverändert, und es ist unverändert negativ. Kein Land hat die Kategorie gewechselt: Immer noch stehen den fünf mehr oder weniger defekten Demokratien acht Autokratien gegenüber, von denen die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit Ausnahme von Kirgisistan - aber ergänzt um Aserbaidschan (und Belarus) - den Kern und auch global Schlusslichter bilden.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte > 4	Werte < 4
	Mongolei	Kirgisistan	Armenien	Weißrussland
	Ukraine		Russland	Kasachstan
	Georgien			Tadschikistan
	Republik Moldau			Aserbaidschan
				Usbekistan
				Turkmenistan

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2016. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Demokratie-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2014.

Das Bild spiegelt im Wesentlichen die Zweiteilung der Region zwischen jenen Ländern, die sich an der Europäische Union orientieren und mit dieser Mitte 2014 Assoziationsabkommen abgeschlossen haben (Georgien, Republik Moldau, Ukraine sowie außerhalb der östlichen EU-Partnerschaft die Mongolei) und jenen, die sich im Bannkreis der zum 1. Januar 2015 gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion um Russland befinden (Belarus, Kasachstan, Armenien und jüngst Kirgisistan) sowie darüber hinaus die Russland weniger eng verbundenen autokratischen Länder Tadschikistan, Aserbaidschan, Usbekistan und Turkmenistan.

Allerdings stehen sich diese beiden Gruppen nicht so homogen und fest gefügt gegenüber, wie ihre Etikettierungen vermuten lassen. So weist zwar die Ukraine mit +0,65 Punkten im Zuge des „Euromaidan“ und der nachfolgenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 den mit Abstand größten Statusgewinn im Vergleich zum vorhergehenden BTI auf, was mit einer Verbesserung um 20 Plätze im globalen Ranking einhergeht. Damit rangiert Kiew wieder auf dem gleichen Niveau wie 2006 unmittelbar nach der Orangen Revolution, deren Wirkung sich indes als fragil und kurzlebig erwies. Den größten Verlust verzeichnet indes mit -0,45 Moldau aus der gleichen EU-assoziierten Gruppe, gefolgt von Aserbaidschan mit -0,43. Keinerlei Veränderungen weisen die Wertungen für Belarus und Russland auf, hier haben sich in früheren Jahren eingeleitete Trends fortgesetzt.

Moldau offenbart aktuell, wie die Orange Revolution in der Ukraine zuvor, dass die demonstrative Hinwendung zur EU weder Transformationsfortschritte garantiert noch in jedem Fall mit glaubwürdigen Demokratisierungsabsichten einhergeht. So hatten in Moldau nicht nur die jüngsten Parlamentswahlen am 30. November 2014 einigermaßen fragwürdige Begleiterscheinungen - vom kurzfristigen Ausschluss der (gleichermaßen pro-russischen wie erfolgversprechenden) Partei „Patria“ des Geschäftsmannes Renato Usatîi bis zu den extrem eingeschränkten Möglichkeiten der mindestens 200.000 wahlberechtigten Arbeitsmigranten, in Russland ihre Stimme abzugeben. Kritischer noch gestaltete sich die anschließende Regierungsbildung, die im Korruptionssumpf versank. So manövierten der ehemalige Ministerpräsident Vlad Filat, Vorsitzender der „Liberaldemokraten“ (PLD), und Vladimir Plahotniuc, der reichste Oligarch des Landes aus dem Vorstand der sozialdemokratisch orientierten „Demokratischen Partei“ (PDM), den amtierenden Ministerpräsidenten Iurie Leancă, bis dahin ebenfalls Mitglied der PLD, aus und ließen mit Duldung der Kommunisten eine – schwache - Minderheitsregierung bilden. Mit diesem Manöver sollte sowohl die von Leancă betriebene Aufklärung der jüngsten Korruptionsskandale verhindert als auch sichergestellt werden, dass das etablierte Oligarchen-Kartell weiter ungestört seinen eigentlichen sinisternen Geschäften nachgehen konnte.

Es rundet das sehr schillernde Bild ab, dass Ilan Shor, ein weiterer prominenter Oligarch und Drahtzieher des größten Bankenskandals in der Geschichte des Landes, bei den Kommunalwahlen im Juni 2015 das Bürgermeisteramt von Orhei erringen konnte, während der erst im Februar 2015 installierte Ministerpräsident Chiril Gaburici bereits im Juni 2015 seinen Rücktritt erklären musste – nominell wegen gefälschter Abiturzeugnisse, aber auch, weil er den Eindruck erweckte, entgegen der an ihn gerichteten Erwartungen ernsthaft an der Aufklärung des Korruptionsskandals um die von Shor kontrollierten Banca de Economii und Banca Sociala arbeiten zu wollen, in den auch Filat und Plahotniuc verwickelt waren.

Den positiven Kontrast bietet die Ukraine, wo im November 2013 „Europa“ zum Fanal eines Aufbruchs wurde, an dem sich der Massenprotest des „Euromaidans“ gegen das durch und durch korrupte Regime Wiktor Janukowitschs entzündete - und dieses am 21. Februar 2014 schließlich hinwegfegte. Damit eröffnete sich nach der Unabhängigkeit 1992 und der Orangen Revolution 2004/2005 eine dritte - und die vielleicht beste - Demokratisierungschance. Eine Erfolgsgarantie gibt es jedoch auch diesmal nicht. Im Gegenteil. Zwar ist der Grad an politischer Mobilisierung und Sensibilisierung für die gemeinsamen europäischen Ziele präzedenzlos hoch, zugleich sind jedoch die Erfolgsbedingungen angesichts der desaströsen Wirtschaftslage und des von Russland klandestin orchestrierten (Bürger-)Kriegs im Osten des Landes denkbar schlecht. Es kann daher nicht verwundern, dass zwar die Möglichkeiten politischer Partizipation massiv ausgeweitet wurden, deren Umsetzung in zielgerichtete Reformprozesse jedoch nur schleppend vorankommt und immer wieder von Rückschlägen begleitet wird – ganz zu schweigen von der Erosion staatlicher Autorität, die mit basisgesteuerten Demokratisierungsprozessen zumeist einhergeht. Dass Kiew etwa die Bildung irregulärer Freiwilligenverbände – zum Teil politisch äußerst fragwürdiger Natur – zulassen musste und damit seinen Anspruch auf das staatliche Gewaltmonopol kompromittierte, war nicht nur diesem Umstand geschuldet, sondern auch der Tatsache, dass angesichts des desolaten Zustands aller staatlichen Einrichtungen anders die Verteidigung im Osten des Landes nicht zu organisieren war. Dass auf diese Weise ein besonders rabiater Oligarch, Ihor Kolomojskij, nicht nur zwischenzeitlich

das Gouverneursamt von Dnipropetrovsk besetzen, sondern auch seinen Einfluss nach bewährtem Muster konsolidieren konnte, gehört zu jenen Begleiterscheinungen, die bei manchen Beobachtern Zweifel an den Erfolgsaussichten des eingeleiteten Transformationsprozesses wecken. Immerhin signalisierten die Präsidentschafts- und die Parlamentswahlen, dass entgegen der russischen Propaganda rechtsradikale und faschistoide Kräfte nur auf einen sehr begrenzten Rückhalt in der Bevölkerung rechnen können: Bei den Präsidentschaftswahlen errangen ihre beiden Vertreter Stimmenanteile unter 2% und in der Rada sank die Zahl ihrer Mandate auf ein Drittel ihrer ehemals durch die Partei „Svoboda“ repräsentierten vorherigen Stärke.

Zwar ist das Bild insofern zwiespältig, doch spricht eine Reihe von Gründen dafür, dass diesmal der Reformprozess nicht ein weiteres Mal sang- und klanglos versanden dürfte. So ist die ukrainische Zivilgesellschaft weitaus aktiver und sehr viel stärker im Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozess präsent als nach der Orangen Revolution. Auch ist der Einfluss westlicher Organisationen und Akteure signifikant größer. Das schlägt sich nicht nur in regelmäßigen Konsultationen nieder, sondern – einzigartig im postsowjetischen Eurasien – auch in der Besetzung politischer Spitzenämter durch Angehörige anderer Staaten. Die Finanzministerin Natalija Jaresko, eine amerikanische Investmentbankerin mit ukrainischen Wurzeln, ist ein solches Beispiel, aber auch – politisch eher fragwürdig – die Übergabe des Gouverneursamtes von Odessa im Juni 2015 an den bewährten Korruptionsbekämpfer Micheil Saakaschwili, ehemals georgischer Ministerpräsident und dort immer noch steckbrieflich gesucht.

Schließlich entfaltet der Krieg, der gleichermaßen gegen Russland und gegen die von ihm alimentierten Freischärler im Osten des Landes geführt wird, eine nicht nur negative Wirkung. Zwar beschleunigt er den Niedergang der ukrainischen Wirtschaft und bürdet dem Land massive Kosten auf, zugleich aber hat er sich in vielfältiger Hinsicht als Ferment für die ukrainische Nationsbildung erwiesen und eine Welle der Solidarisierung und Zusammenarbeit über alle gesellschaftlichen, ethnischen und politischen Grenzen hinweg ausgelöst. Auch bewirkt die existentielle Herausforderung, der sich die Ukraine gegenüber sieht, dass in der Öffentlichkeit sehr viel genauer beobachtet wird, ob und wie weit die Ankündigungen der politischen Führung und deren Umsetzung auseinanderklaffen, wo und in welchem Umfang sich weiterhin Korruption und Vetternwirtschaft breit machen.

Mit Russland ist zugleich die – unbeabsichtigte - Kehrseite des Euromaidans angesprochen, denn dieser offenbarte den anderen Autokraten im postsowjetischen Eurasien die Fragilität ihrer Regime und wie diese praktisch aus dem Nichts in ihren Grundfesten erschüttert werden können. Entsprechend harsch fielen die Reaktionen aus, primär innenpolitisch durch Vorsorgemaßnahmen in Gestalt einer Verschärfung der Repression, aber partiell auch außenpolitisch durch eine unversöhnliche Frontstellung gegen das neue Regime in Kiew (und seine vermeintlichen Drahtzieher im Westen). Dabei fällt Russland eine Schrittmacherrolle zu. Moskau hat sich nicht nur mit einer Kaltschnäuzigkeit ohnegleichen durch die Annexion der Krim umgehend am Gebiet seines Nachbarn bedient, es schreckte auch nach anfänglichem Zögern vor einer militärischen Intervention im Osten des Landes nicht zurück, die es zwar offiziell stets dementierte, zugleich aber über Monate mit territorial konnotierten Bekenntnissen zu „Novorossija“ und ethnischen zur „Russkij Mir“ garnierte.

Der Hintergrund ist offensichtlich: Die von Putin im Zuge der Demonstrationen gegen seine Wiederwahl 2012 (*Rossija bez Putina*) entfachte Hysterie gegen ausländisch gesteuerte Subversions-NRO fand mit dem Euromaidan in Kiew ihre vermeintliche Bestätigung – und erreichte in der Folge einen neuen Höhepunkt. Bahnte sich zwischenzeitlich so etwas wie eine innenpolitische Lockerung an – in Gestalt etwa der Zulassung Aleksej Navalnyjs zur Bürgermeisterwahl in Moskau im September 2013 –, so dominiert seit dem Euromaidan in Moskau uneingeschränkt der Sicherheitskomplex, personell wie politisch. Das manifestiert sich nach außen in einer prinzipiellen Abgrenzung vom Westen (und seinen demokratischen Werten, dem der Kreml nunmehr im Gleichklang mit Frankreichs „Front National“ und anderen europäischen Rechtspopulisten apokryphe „traditionelle Werte“ entgegenhält) bis hin zu einer propagandistischen Wiederbelebung des Kalten Krieges; und nach innen manifestiert es sich in einer schier endlosen Kette restriktiver Gesetze gegen jegliche Form nichtstaatlicher Organisation und Artikulation. Dazu gehören die kontinuierliche Verschärfung des Demonstrationsrechts ebenso wie die sukzessive Beschränkung des Internets oder die gesetzliche Verfolgung „ausländischer Agenten“ wie „unerwünschter“ internationaler Organisationen, zu denen mittlerweile alle prominenten amerikanischen Demokratieförderer gehören. Russland setzt damit einen Weg fort, der es auch innenpolitisch immer näher an die zentralasiatischen Autokratien heranführt, die es in Gestalt der Eurasischen Wirtschaftsunion nunmehr auch zu einem international sichtbaren Machtblock zusammenfügen möchte.

Wirtschaftliche Transformation

Auch bei der ökonomischen Transformation dominiert Konstanz, aber auch transformatorische Stagnation: Es sind nur geringe Veränderungen und ebenfalls keine Kategorienwechsel zu verzeichnen. Allerdings ist hier das Gesamtbild insofern positiver, als Eurasien eine hohe Konzentration im marktwirtschaftlichen Mittelfeld aufweist. Insgesamt stehen 4 „schlecht funktionierenden“ Marktwirtschaften 9 „mit Funktionsdefiziten“ gegenüber.

Spitzenreiter bleibt wie in der Vergangenheit Kasachstan, gefolgt von Georgien und der Mongolei. Schlusslichter sind unverändert Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Insofern weisen der politische und der wirtschaftliche Status zwar Schnittmengen auf, sind aber nicht deckungsgleich.

Damit ist es auch keineswegs so, dass jene Länder, die den Weg nach Europa gewählt und mit der EU Mitte 2014 neben dem Assoziations- auch ein Freihandelsabkommen abgeschlossen haben, ein signifikant besseres Bild abgeben: Georgien, Moldau und die Ukraine stellen wie Russland oder Armenien Marktwirtschaften mit Funktionsdefiziten dar. Die eingeleitete Anpassung an den *aquis communautaire* der EU und die damit einhergehenden Wettbewerbs- und Wohlstandsgewinne bleiben folglich ein bis auf weiteres uneingelöstes Versprechen.

Gleichwohl ist auch bei der wirtschaftlichen Transformation eine Zweiteilung zu verzeichnen. Sie unterscheidet sich aber von der EU-geprägten politischen Transformation und trennt jene Länder, die über exportfähige Ressourcen, namentlich Energieträger, verfügen, von jenen, die diese importieren

müssen (und darüber hinaus über kein wettbewerbsfähiges Export-Portfolio verfügen). Dieser Unterschied macht sich vor allem bei der ökonomischen Leistungsfähigkeit bemerkbar, im Berichtszeitraum indes weniger bei den Veränderungen des marktwirtschaftlichen Status: Mit Usbekistan (+0,46) und Moldau (+0,29) weisen ein rohstoffreiches und ein rohstoffarmes Land die jeweils größten Verbesserungen auf, wie umgekehrt mit Russland (-0,36) und der Ukraine (-0,32) ähnlich unterschiedliche Länder die größten Verschlechterungen verzeichnen. In Kirgistan wiederum ist die Lage praktisch unverändert (+0,04). Bei diesem Phänomen schlägt sich der 2014 einsetzende Ölpreisverfall nieder, der in der Region ambivalente Wirkungen entfaltet hat. Generell gilt, dass nach dem Einbruch 2008/2009 und Jahren mehr oder weniger hohen, in jedem Fall aber stabilen Wachstums sich alle Länder der Region seit 2014 erneut im Krisenmodus befinden. Zu einschneidenden Reformen hat dies mit Ausnahme der Ukraine bislang nicht geführt, und auch dort ist der Entscheidungsprozess dornig und windungsreich.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

entwickelte Marktwirtschaften	funktionsfähige Marktwirtschaften	Marktwirtschaften mit Funktionsdefiziten	schlecht funktionierende Marktwirtschaften	rudimentäre Marktwirtschaften
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
		Kasachstan	Weißrussland	
		Georgien	Turkmenistan	
		Mongolei	Usbekistan	
		Armenien	Tadschikistan	
		Republik Moldau		
		Russland		
		Kirgistan		
		Aserbaidshjan		
		Ukraine		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2016. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Marktwirtschafts-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2014.

Besonders deutlich treten seit 2014 die ökonomischen Krisenerscheinungen in Russland zutage – und zeitigen angesichts der Größe des Landes signifikante Folgen auch für die Nachbarn. Nachdem sich die Wachstumsraten bereits seit 2011 im Niedergang befanden, ist Russland 2015 mit einem prognostizierten BIP-Rückgang um 2,5% bis 5% in eine Rezession gerutscht. Zwar gibt es offensichtliche strukturelle Ursachen wie die einseitige und weiter wachsende Abhängigkeit vom Rohstoffsektor, die unzureichende industrielle Diversifizierung und die mangelnde Innovationsfähigkeit, kurz: die vertrauten Symptome des Ressourcenfluchs. Unmittelbare Krisenauslöser waren jedoch der Ölpreisverfall und als verstärkendes Moment die westlichen (Finanz-)Sanktionen, die Mitte 2014 im Zuge der russischen Aktivitäten in der Ostukraine verhängt worden waren. In der Folge brach der Rubelkurs um bis zu 40% ein und stieg die Inflation auf über 16%, begleitet von einem Kapitalabfluss in der Größenordnung von 130 Milliarden US-Dollar im Jahre 2014. Regierung und Zentralbank reagierten wie in der Vergangenheit orthodox, mit einer vorgezogenen Freigabe des Rubelkurses (da Stützungskäufe wirkungslos verpufften), einer

Anhebung der Zinsen auf über 16% und einer drastischen Kürzung der Haushaltsansätze (mit Ausnahme der Verteidigungsausgaben) – was erst einmal die wirtschaftlichen Bremsspuren massiv verstärkte. Ungeachtet der demonstrativen populistisch-patriotischen Reflexe, die seit 2013/2014 die politische Stimmung in Russland prägen, halten die Moskauer Wirtschaftspolitiker zumindest makroökonomisch Kurs, was ihnen heftige Attacken aus eben diesem patriotischen Lager eingetragen hat. Deren Protagonisten setzen auf Importsubstitution (und begrüßen auch aus diesem Grund die westliche Sanktionspolitik) sowie nach sowjetischem Muster auf Mobilisierungskampagnen und den Verteidigungssektor als technologischem Innovations- und Wachstumsmotor. Ihr Einfluss hat in den vergangenen zwei Jahren deutlich zugenommen. Die notwendigen Strukturreformen und industriepolitische Initiativen sind nicht in Sicht und zerschellen an der selbstgefälligen vom Präsidenten persönlich immer wieder artikulierten Wahrnehmung, dass auch andere Länder und namentlich die Europäische Union Wirtschaftsprobleme hätten.

Rubelabwertung und Rezession hatten auf Grund der engen Verflechtung mit Russland vor allem negative Auswirkungen für die Volkswirtschaften seiner Nachbarn (auch wenn sich die Energiebezüge tendenziell verbilligten). So beschränkt die Rubelabwertung den Zugang zum russischen Markt, der zumindest für einige Länder einige Bedeutung hat, mit Anteilen von 45% (Belarus), 26% (Moldau), 22% (Armenien) oder 18% (Usbekistan). Andere Länder sind vor allem durch die Rückkehr der Arbeitsmigranten und die rapide sinkenden Geldtransfers betroffen. Diese spielen in Armenien, Kirgistan, Moldau und Tadschikistan mit einem BIP-Anteil von jeweils 20 bis 30% eine überragende Rolle, sind jedoch auch in der Ukraine und in Usbekistan mit jeweils über 2 Millionen Migranten in Russland signifikant. Nach Angaben der russischen Migrationsbehörde haben bis Ende 2014 mehr als 350.000 Usbeken Russland verlassen, 179.000 Tadschiken und 35.000 Moldauer. Beschleunigt wird dies durch die Verschärfung der russischen Migrationsgesetzgebung, die unter anderem mit erhöhten Sprachanforderungen im Januar 2015 in Kraft getreten ist. Schließlich bleiben Investitionen und Finanzhilfen aus Russland aus.

Weniger gravierend sind die Kettenreaktionen in Aserbaidschan und Turkmenistan, die stärker von Russland abgekoppelt, dafür aber von der Entwicklung des Ölpreises abhängig sind. Dies hat auch deren Währungen unter Druck gesetzt, wenngleich in geringerem Umfang als in Russland. Extravaganter Prestigeprojekten, wie die ersten – und vermutlich letzten – „Europäischen Olympischen Spiele“, die im Juni 2015 in Aserbaidschan abgehalten wurden und mit einem staatlich alimentierten Bauboom in Baku einhergingen, tat dies erst einmal keinen Abbruch. Gleichwohl steht auch in diesen Petro-Ökonomien das bisherige konsumorientierte Wirtschaftsmodell in Frage.

Auch Belarus, mit Russland nicht nur durch einen Unionsvertrag verbunden, sondern auch wirtschaftlich eng verflochten, sah sich gezwungen, zur Stützung seines Exports nach Osten im Dezember 2014 eine Abwertung seines Rubels um 30% zu verfügen. Ansonsten erwies sich Minsk, erfahren im Reexport russischer Energieträger, auf die bewährte trickreiche Weise als Krisengewinnler: So sprang es schnell in die Lücke, die die russischen „Gegensanktionen“ beim Import von Lebensmitteln aus der EU gerissen hatte und wurde zu einem der größten Lieferanten von Gütern wie Lachs, Hummer und Mozzarella nach Russland – was umgehend Moskauer Drohungen provozierte, entgegen dem Freihandelsversprechen der Eurasischen Wirtschaftsunion Einfuhrbeschränkungen zu verfügen.

Besonders dramatisch ist die Wirtschaftslage in der Ukraine, so dramatisch, dass die Unabhängigkeit und das Überleben des Landes auf dem Spiel stehen. Zwar war die Ukraine – einst der am weitesten entwickelte Landesteil der Sowjetunion – seit der Unabhängigkeit 1992 kontinuierlich zurückgefallen; doch ist der Einbruch seit 2014 präzedenzlos und weit stärker als erwartet: Bis Ende 2015 dürften das BIP und die Realeinkommen um annähernd 15% geschrumpft sein, während sich der Kurs der Landeswährung Hrywnia schon Ende 2014 halbiert hatte und die Inflation auf über 30% gestiegen war. Zugleich sind die öffentlichen Finanzen zerrüttet, beläuft sich das Budgetdefizit auf mehr als 10% des BIP, sind die Währungsreserven soweit geschrumpft, dass sie kaum mehr die Importe von zwei Monaten decken, und zu allem Überfluss stand 2015 eine umfangreiche Bankensanierung bevor, die weitere Milliarden verschlungen hat. Der Krieg, der Verlust des Donbass und Russlands Abschottung haben zugleich den Export einbrechen lassen: Immerhin steuerte die Industrieregion im Osten des Landes 27% der ukrainischen Exporterlöse bei.

Um diesen beschleunigten Abwärtstrend zu stoppen, sind nicht nur weitreichende Wirtschaftsreformen erforderlich, sondern bedarf es vor allem auch einer massiven externen Unterstützung, unmittelbar finanziell zur makroökonomischen Stabilisierung, aber auch darüber hinaus in Gestalt umfangreicher Investitionsprogramme und Marktzutrittserleichterungen namentlich der EU.

Der erste Teil ist angelaufen, stockt jedoch in der Umsetzung. So wurde Anfang 2015 ein IWF-Programm vereinbart, das ein Volumen von etwa 40 Milliarden US-Dollar hat. Diese verteilen sich wie folgt: 17,5 Milliarden US-\$ IWF-Beistandskredite, 7,5 Milliarden US-\$ bilateraler Hilfeleistungen und 15 Milliarden US-\$ Einsparungen durch die Restrukturierung der ukrainischen Schulden bei seinen (vorwiegend privaten) Gläubigern. Allerdings haben die privaten (primär US-amerikanischen) Gläubiger bis Mitte 2015 ebenso wenig Kompromissbereitschaft erkennen lassen wie die russische Regierung, die auf die vollständige und pünktliche Tilgung ihres 3 Milliarden US-\$-Kredits im Dezember 2015 beharrt, den sie 2013 Wiktor Janukowitsch als Prämie für seine EU-Abkehr ausgereicht hatte.

Diese Stabilisierungsmaßnahmen können jedoch nur dann Erfolg haben, wenn sie von einer umfassenden Transformation der ukrainischen Wirtschaft begleitet werden, was nicht nur tiefgreifende Reformen erfordert, sondern auch ein langfristiges öffentliches und privates Engagement von außen. Beides war bis Mitte 2015 nur rudimentär zu erkennen, was angesichts der Dimensionen nicht verwundern muss. So sind zwar zahlreiche Gesetzesinitiativen in Kiew auf den Weg gebracht, die oftmals jedoch einer konsequenten Umsetzung harren. Beispiele sind Regeln für öffentliche Ausschreibungen (die es auch in Russland gibt, dort aber virtuos umgangen werden), die drastische Vereinfachung von Verwaltungsverfahren oder die Verkleinerung des Staatsapparats. Ein besonders anschauliches – und anspruchsvolles – Beispiel der Dimensionen ist die Reform des Gasmonopolisten „Naftogaz“, der in der Vergangenheit nicht nur eine schier unerschöpfliche Korruptionsquelle darstellte, sondern auch durch Preissubventionen den Etat dramatisch belastete. Um Kostendeckung zu erreichen, müsste der Gaspreis der Haushalte um 450% angehoben werden, was in mehreren Schritten bis 2017 erfolgen soll. An solchen Preissteigerungen der Grundversorgung sind schon so manche Regierungen zerbrochen, und auch in der Ukraine beginnt sich die Stimmung gegen die amtierende politische Führung zu wenden.

Zwar gibt es keine Erfolgsgarantie, fest steht aber: Ohne eine umfassende, sichtbare, langfristige und nachhaltige Solidarität der Europäischen Union wird der eingeleitete Transformationsprozess der Ukraine nicht gelingen.

Transformationsmanagement

Etwas ausgeprägter als bei den Transformationsleistungen sind die Veränderungen im Transformationsmanagement, wobei sich allerdings Gewinne und Verluste die Waage halten, so dass in der Regionalbilanz eine moderate Verschlechterung um 0,11 Punkte zu verzeichnen ist. Ein „gutes“ Transformationsmanagement weisen lediglich wie schon in der Vergangenheit die Mongolei und Georgien auf, ein „mäßiges“ Moldau, Ukraine und Kirgistan, wobei sich Kiew deutlich mit +0,73 um eine Kategorie und im globalen Ranking um mehr als zwanzig Plätze verbessert hat. Schlusslichter bilden die drei Länder Belarus, Turkmenistan und Usbekistan, die zwar leichte Verbesserungen aufweisen (im Fall von Belarus um +0,23), *cum grano salis* aber nach wie vor kein erkennbares Transformationsmanagement betreiben und auch im globalen Ranking mit den Plätzen 116, 122 und 125 am Ende rangieren. Die drastischsten Verschlechterungen verzeichnen Russland (-0,73), Armenien (-0,55) und Kasachstan (-0,42); Letztere mussten damit auch um eine Kategorie zurückgestuft werden.

Tab. 4: Qualität des Transformationsmanagements

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert oder nicht vorhanden
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Mongolei	Republik Moldau	Armenien ▼	Weißrussland
	Georgien	Ukraine ▲	Kasachstan ▼	Turkmenistan
		Kirgisistan	Aserbaidtschan	Usbekistan
			Tadschikistan	
			Russland	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2016. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Management-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2014.

Auch beim Transformationsmanagement ragt die Ukraine hervor – und zwar in doppelter Weise. Bei ihr haben sich die Rahmenbedingungen für ein konsistentes und zielgerichtetes Regierungshandeln durch die doppelte Herausforderung der Krise und des Krieges dramatisch verschlechtert; umso höher sind die Regierungsleistungen und deren Verbesserung zu bewerten. Das betrifft vor allem die Bereitschaft, Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und ausländischen Rat, personell wie konzeptionell und operativ, intensiv zu nutzen. Darüber hinaus zeichnet die Ukraine des Euromaidans aus, dass die Zivilgesellschaft eine weit größere Rolle im politischen Entscheidungsprozess spielt und über weit mehr Einfluss verfügt als jemals zuvor in der ukrainischen

Geschichte. Hinzu kommt, dass singular große Mehrheiten in den politischen Zielen einig sind – auch wenn „Europa“ immer noch eher eine idealisierte Metapher darstellt als ein operativ bestimmtes Ziel.

Dem stehen allerdings auch unverkennbare Schwächen gegenüber, denn von ernsthafter – ganz zu schweigen von erfolgreicher - Versöhnung und ebensolchem Konfliktmanagement kann erst dann gesprochen werden, wenn der Konflikt im Osten der Ukraine beigelegt ist. Das Waffenstillstandsabkommen von Minsk II bietet dafür einen Fahrplan, dessen Umsetzung Kiew bislang aber nur sehr zurückhaltend betrieben hat. Zwar kann es keinen Zweifel geben, dass der Widerstand der separatistischen Freischärler im Donbass ohne die russische (staatliche wie nichtstaatliche) Unterstützung längst zusammengebrochen wäre – trotz der Unfähigkeit der ukrainischen Sicherheitskräfte, die anfangs das trostlose Bild eines gescheiterten Staates abgaben. Doch haben auch die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des vergangenen Jahres dokumentiert, dass sich die politische Stimmung der Bevölkerung im Osten und Süden des Landes erkennbar von jener in den übrigen Landesteilen – und namentlich im Westen – unterscheidet. Damit konstruktiv umzugehen hat Kiew bislang versäumt und lässt auch nicht erkennen, ob und wie sich dies künftig ändern könnte.

Im Unterschied zur Ukraine haben sich in Russland die Rahmenbedingungen kaum geändert, sieht man einmal von den negativen Folgen der Moskauer Politik ab, die zahlreiche Brücken nach außen abgebrochen hat. Die deutliche Verschlechterung seines Transformationsmanagements muss sich folglich die russische Führung in vollem Umfang zuschreiben lassen. So hat Russland – auch dies eine Folge des Ukraine-Konflikts – dramatisch an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Das gilt nicht nur gegenüber dem Westen, dem von höchster Stelle fortwährend Lügen über die russischen Interventionen im Nachbarland aufgetischt werden. Es gilt auch für seine Alliierten in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertragsorganisation für Kollektive Sicherheit, bei denen Putins Beschwörungen der „russischen Welt“ und „Neurusslands“ bange Ahnungen weckten, dass dies im Zweifel auch Teile ihrer Länder einschließen könnte. Einen entgegengesetzten Kurs haben – wenn auch von einer extrem niedrigen Ausgangsbasis – Belarus und Turkmenistan genommen, Minsk mit seinen Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Konflikt und den neuerlich ausgestreckten Fühlern nach Westen, Turkmenistan mit seinen Versuchen, die selbst auferlegte nahezu vollständige internationale Isolation ein wenig zu lockern.

Ähnliches wie bei der Glaubwürdigkeit gilt für die Moskauer Bereitschaft, internationale Unterstützung anzunehmen, die in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen und mittlerweile vollständig verschwunden ist. Im drastischen Kontrast zur Ukraine ist an deren Stelle eine prinzipielle Abgrenzung insbesondere vom Westen getreten. Sie manifestierte sich nicht nur im Herauswurf von Hilfsorganisationen wie USAID im Jahre 2012, sondern nicht minder in der Denunzierung von russischen NRO als „ausländischen Agenten“, wenn sie von dort Unterstützung erhalten sowie seit Juni 2015 in dem Damoklesschwert, internationale (und im Zweifel westliche) Organisationen als „unerwünscht“ zu erklären und jegliche Zusammenarbeit russischer Bürger und Organisationen mit diesen unter Strafe zu stellen. Moskau trifft sich hier mit Astana, das zwar in der Wirtschaft eine ausgeprägte Lern- und Reformbereitschaft demonstriert, Ratschläge zur politischen Ordnung jedoch als ungebührliche Einmischung prinzipiell und energisch abwehrt.

Parallel zur Abgrenzung nach außen ist somit auch der Spielraum der Zivilgesellschaft im eigenen Land immer weiter eingeschränkt worden. Flankiert wird dies durch Versuche, über die 2006 eingerichtete und jeweils vom Präsidenten berufene „Bürgerkammer“ sowie durch gezielte Alimentationen ein staatlich sanktioniertes und letztlich inszeniertes Zivilgesellschaftssurrogat zu schaffen. Russland fungiert damit als Vorbild, das in den anderen Autokratien des postsowjetischen Raums getreulich nachgeahmt, partiell sogar perfektioniert wurde – wie in Aserbaidschan, das auf ganz eigene Weise die Peitsche des Lizenzzugs für NRO mit dem Zuckerbrot materieller Zuwendungen aus dem Staatsbudget an diese kombiniert. Reformer, die sich nicht allein in Russland, sondern vereinzelt auch in der politischen Elite der meisten anderen eurasischen Ländern auffinden lassen, haben unter diesen Prämissen einen schweren Stand. Es dominieren eindeutig die antidemokratischen Kräfte.

Das ist ein markanter Unterschied zu jenen Staaten, deren Transformationsmanagement als „gut“ (Mongolei, Georgien) oder als „mäßig“ (Moldau, Ukraine, Kirgistan) einzuschätzen ist. So sind etwa in der Mongolei die Verhältnisse genau umgekehrt: Es gibt jenseits der schmalen politischen Ränder keine antidemokratischen Kräfte, denen politischer Einfluss zugeschrieben werden kann. Sieht man einmal von den dezidiert konservativen Positionen der Orthodoxen Kirche ab, sind auch in Georgien antidemokratische Kräfte eher eine Randerscheinung ohne nennenswerte politische Substanz. Zu ihnen zählen Organisationen wie nominell antiwestliche (und antitürkische) Organisationen wie die „Patriotische Allianz“ oder (neuerdings) prorussische wie die „Demokratische Bewegung – Einiges Georgien“ der ehemaligen Saakaschwili-Verbündeten Nino Burdschanadse. Sie können bei Wahlen zwar addiert zwischen 10% und 20% der Stimmen auf sich vereinen, das hat jedoch bislang nichts an den präzedenzlos hohen Zustimmungsraten für eine EU- oder NATO-Mitgliedschaft geändert (85%, resp. 78%).

Ähnliches gilt für die Zivilgesellschaft und die Wirkungsmöglichkeiten von NRO, die in Georgien und der Mongolei keinen nennenswerten Restriktionen unterworfen sind, auch wenn ihr Einfluss begrenzt ist. Um dies zu ändern, aber auch um den Bürgerdialog, die demokratische Kultur und das Bürgerengagement im Lande zu stärken, hat die mongolische Führung 2009 als Konsultativorgane auf nationaler und in der Folge auch auf lokaler Ebene sogenannte „Bürgersäle“ eingeführt, die prinzipiell für jeden Bürger zugänglich sind. Ihre primäre Aufgabe ist die Diskussion von Gesetzesvorhaben des Parlaments (auf lokaler Ebene auch der örtlichen Haushalte), und diese wird weidlich genutzt.

Im Vergleich zu den anderen Ländern des postsowjetischen Raums herausragend ist in Georgien die Bekämpfung der Korruption, ein Verdienst der Regierungszeit Saakaschwilis. Es gibt umfangreiche gesetzliche Regelungen, mehrere Institutionen, wie den „Interministeriellen Koordinationsrat zur Bekämpfung der Korruption“ oder den Rechnungshof, sowie Nationale Aktionspläne, die eindrucksvoll die fortgesetzten Anstrengungen der Regierung belegen. Diese haben auch in der Praxis spürbare Veränderungen herbeigeführt, anders als so manche andere strategische Initiative, die mit Blick auf die internationalen Geber zwar eindrucksvoll inszeniert wurde, deren Umsetzung dagegen weit weniger energisch erfolgte und daher allzu oft im Sande verlief.

Auch das ist ein fundamentaler Unterschied zu jenen zentralasiatischen Autokratien, deren Funktionsweise und Stabilität auf Patronage beruht und bei denen Korruption folglich einen systemischen Charakter hat, aber auch zu den politischen Klientelregimen in Armenien oder Russland. Auch diese engagieren sich zwar deklaratorisch in der Bekämpfung der Korruption und haben ebenfalls institutionelle Vorkehrungen wie öffentliche Ausschreibungen, ein transparentes Monitoring des Beschaffungswesens sowie Einkommens- und Vermögenserklärungen der Staatsdiener eingeführt, bewegen in der Praxis jedoch wenig bis nichts.

Ausblick

Die Auseinandersetzung um die Ukraine hat im eurasischen Raum ein Konfliktmuster etabliert, das die Region ordnungspolitisch in zwei Lager teilt. Auf der einen Seite steht Moskau, das mit seiner prinzipiellen Abgrenzung vom Westen und seiner Abkehr vom einst gemeinsam kodifizierten Transformationskanon den Autokratien der Region politische Orientierung und einen geostrategischen Anker bietet, aber auch Loyalität erwartet und mit seiner Kompromisslosigkeit sukzessive den Graben zum Westen vertieft. Auf der anderen steht die Europäische Union, die zwar ordnungspolitisch ähnlich grundsätzlich operiert und auf dem von ihr beanspruchten wie einst gesamteuropäisch geltenden Normenkanon beharrt, zugleich aber den ihr verbundenen Ländern nur begrenzt Rückversicherung bietet. Ihre Attraktivität als Zukunftsmodell sucht Russland dadurch zu kompensieren, dass es auf das Beharrungsvermögen der Gegenwart setzt und gezielt das Gewicht in der Vergangenheit etablierter Beziehungen nutzt. Da vielen Menschen im Zweifel das Hemd näher ist als der Rock, läuft die EU bei fortgesetzter materieller Zurückhaltung Gefahr, ihren Attraktivitätsbonus einzubüßen.

Die russische Instrumentalisierung bestehender Bindungen, etwa durch angedrohte oder praktizierte Importboykotte, wirkt ebenso als kollektive Transformationsbremse wie das materiell eher bescheidene Engagement der EU in der Region. Hinzu kommt, dass beide Lager weit davon entfernt sind, als homogene Akteure oder gar als machtpolitische Blöcke aufzutreten. Zu heterogen sind die Interessen der eurasischen Länder, zu groß die Neigung, Moskau und Brüssel zum eigenen Vorteil gegeneinander auszuspielen.

Gemeinsam ist beiden Lagern wiederum, dass nach einigen Jahren positiver, wenn auch unterschiedlich ausgeprägter Wachstumsraten spätestens 2014 auch ökonomisch schwierigere Zeiten angebrochen sind. Durch die sinkenden Energiepreise sind alle Volkswirtschaften der Region erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Bei den Energieförderern hat das niedrigere Preisniveau ganz unmittelbar deutliche Bremspuren in den volkswirtschaftlichen Bilanzen hinterlassen, bei den übrigen indirekt über die Kettenreaktionen, die sich aus veränderten Währungsparitäten und sinkenden Transfers der zahlreichen primär in Russland lebenden Arbeitsmigranten ergeben. Wirtschaftsreformen wurden dadurch bislang nicht angestoßen, sieht man einmal von der (vorgezogenen) Freigabe des Rubelkurses ab, mit der die Währungsreserven geschont werden sollten. Einstweilen dominieren technische Krisenreaktionen wie Währungsabwertungen,

Haushaltskürzungen oder die Beanspruchung von Reservefonds. Es wird von der Dauer des niedrigen Ölpreisniveaus abhängen, ob sich Bereitschaft zu einschneidenden Maßnahmen regt.

Desungeachtet befinden wir uns aktuell in einer zwar stagnierenden, aber relativ stabilen Phase. In vielen Ländern stehen die größten Herausforderungen für die Regimestabilität mit dem Wechsel der politischen Führungen an – und diese rücken näher. Das gilt insbesondere für jene (neo)patrimonialen Regime in Zentralasien, deren postsowjetische Führer bereits ein beträchtliches Alter erreicht haben: Islom Karimov (77) in Usbekistan und Nursultan Nazarbaev (75) in Kasachstan, die sich beide im Frühjahr 2015 im Amt bestätigen ließen, Ersterer mit 90,4% der Stimmen, Letzterer in einer um ein Jahr vorgezogenen Wahl mit 97,7% - bei jeweils über 90% Wahlbeteiligung, versteht sich.

In beiden Fällen ausgeprägter Clan-Herrschaft ist die anvisierte dynastische Nachfolge prekär. Nazarbaev hat drei Töchter, aber trotz – oder wegen – deren weit gesteckten Wirtschaftsinteressen und -beteiligungen einige Probleme. So fand etwa sein ehemaliger Schwiegersohn Rachat Alijev, einst verheiratet mit der ältesten Tochter Dariga, nach seiner Flucht aus Kasachstan im Februar 2015 in österreichischer Haft einen mysteriösen Tod. Als ehemaliger Chef der Steuerfahndung, Vize-Außenminister, Vize-Geheimdienstchef gehörte er mit seiner Frau zu den politisch ambitioniertesten Teilen der Familie. Ähnliche Probleme sind bei Karimov zutage getreten, dessen älteste der beiden Töchter, Gulnora Karimova, auf Grund familieninterner Fehden in Ungnade gefallen ist und Berichten zufolge seit April 2014 unter Hausarrest steht. Bei Emomali Rachmon (63) aus Tadschikistan ist mit 7 Töchtern und 2 Söhnen das dynastische Potenzial reichhaltiger, und bei Ilham Alijew (61), der in Aserbaidshan bereits in zweiter Generation regiert, ist die Nachfolge noch nicht akut.

Nun demonstriert der vergleichsweise friedliche Übergang zu Gubangly Berdymuchamedov nach dem plötzlichen Tod des „Türkmenbaşy“ Saparmurat Nijazov 2006 in Turkmenistan, dass auch unter den spezifischen autokratischen Bedingungen Zentralasiens bei allen Gefährdungen der Stabilität Machtwechsel außerhalb des Clans möglich sind. Andererseits sind auch jene Regime, die sich zwar nicht auf Clan-Herrschaften stützen, aber ebenfalls von dominanten Führern autokratisch transformiert wurden und daher über keinen funktionierenden Mechanismus des Machtübergangs (mehr) verfügen, mit gravierenden Stabilitätsrisiken konfrontiert. Das gilt für Putin und Russland nicht anders als für Sargisjan und Armenien sowie natürlich auch für Lukaschenka und Belarus.

Die Streiks im Dezember 2011 im kasachischen Žanaozen, die Massendemonstrationen 2011/2012 in Russland gegen die Wahlfälschungen, die breiten Proteste gegen die Strompreiserhöhungen im Juni 2015 in Armenien und zahllose andere kleinere und größere Unmutsbekundungen zeigen, dass die autokratischen Regime hinter ihren pompösen Fassaden mit erheblichen Risiken konfrontiert sind. Und dass diese Risiken trotz aller Präventionsmaßnahmen gegen farbige Revolutionen und deren (ausländische) Initiatoren keineswegs vollständig einzudämmen und zu kontrollieren sind, hat wiederum anschaulich der Euromaidan 2013/14 demonstriert – ursprünglich ganz ohne die Aussicht auf einen Machtwechsel. Aus mehreren Richtungen bleibt die Lage im postsowjetischen Eurasien folglich trotz Stabilität und Stagnation prekär.

